

19. Wahlperiode

Schriftliche Anfrage

des Abgeordneten Dr. Timur Husein (CDU)

vom 28. Januar 2026 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 29. Januar 2026)

zum Thema:

BDS-nahe „Academic Boycott Conference“ in Berlin

und **Antwort** vom 12. Februar 2026 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 16. Februar 2026)

Senatsverwaltung für Wissenschaft,
Gesundheit und Pflege

Herrn Abgeordneten Dr. Timur Husein (CDU)

über

die Präsidentin des Abgeordnetenhauses von Berlin

über Senatskanzlei - G Sen -

A n t w o r t

auf die Schriftliche Anfrage Nr. 19/25044

vom 28. Januar 2026

über BDS-nahe „Academic Boycott Conference“ in Berlin

Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre Schriftliche Anfrage wie folgt:

1. Welche Vereine, Institutionen etc. organisierten die BDS-nahe „Academic Boycott Conference“ in Berlin?

Zu 1.:

Dem Senat liegen dazu keine über die Informationen auf der Webseite <https://academicboycott-conference.com/de/> hinausgehenden Informationen vor.

2. Wo fand die BDS-nahe „Academic Boycott Conference“ in Berlin statt?

Zu 2.:

Gemäß Presseberichterstattung fand die Veranstaltung in Räumlichkeiten des „bUm – Raum für solidarisches Miteinander“ am Paul-Lincke-Ufer in Berlin statt.

3. Wie schätzt der Senat die BDS-nahe „Academic Boycott Conference“ in Berlin ein?

Zu 3.:

Die Berliner Hochschulen verfügen über vielfältige, etablierte Kooperationen mit israelischen Partnereinrichtungen und leisten damit einen wichtigen Beitrag zu einem offenen internationalen Dialog. Der Senat sieht eine hohe Relevanz darin, Kooperationen gerade mit wissenschaftlichen Einrichtungen in Israel fortzuführen und zu stärken und spricht sich ausdrücklich gegen den Boykott israelischer Wissenschaftseinrichtungen aus. Die Veranstaltung „Academic Boycott Conference“ stellt einen Angriff auf die Freiheit der Wissenschaft dar und ist entsprechend zu verurteilen.

4. Wie schätzt der Senat die Stellungnahme für die Zusammenarbeit mit israelischen Wissenschaftlern und Wissenschaftseinrichtungen der Antisemitismusbeauftragten der Berliner Hochschulen vom 23.01.2026 ein?

Zu 4.:

Der Senat begrüßt Inhalt und Initiative der Stellungnahme und wertet es als ein wichtiges öffentliches Zeichen, sich gegen Boykotte als „Ausschlüsse aufgrund kollektiver Zuschreibungen“ auszusprechen und das öffentliche Engagement vieler Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler der israelischen Wissenschaftslandschaft für Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte herauszustellen. Der Senat schließt sich damit der breiten Unterstützung der Stellungnahme u.a. durch eine Reihe von Hochschulleitungen an.

5. Warum hat der Antisemitismusbeauftragte der Technischen Universität Berlin diese Stellungnahme nicht unterzeichnet?

Zu 5.:

Dem Senat liegen keine Informationen zu dieser Fragestellung vor.

Berlin, den 12. Februar 2026

In Vertretung

Dr. Henry Marx

Senatsverwaltung für Wissenschaft,
Gesundheit und Pflege